

Bundestagswahl: Im Westen nichts Neues

Bei der Bundestagswahl gab es kaum Überraschungen. Die Bürger wählten mehr oder weniger so, wie es die Prognosen vorausgesagt hatten: SPD knapp vor CDU/CSU, dann die Grünen vor FDP und AfD, abgeschlagen dahinter »Die Linke«. Nicht absehbar war hingegen, daß die Nachfolgeorganisation der SED nur dank dreier Direktmandate den dutzendenfachen Einzug (39 Mandate) in den Bundestag schaffte. Einer dieser drei Erststimmensieger war Alt-Genosse Gregor Gysi. Denn mit 4,9 % scheiterte »Die Linke« knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Damit fehlt der Partei der Fraktionsstatus, sie wird aber als Bundestagsgruppe zumindest gewisse Rechte erhalten. Zuletzt war sie 2002 auch an der Fünf-Prozent-Sperrklausel gescheitert, als sie als PDS nur 4 % bei der Bundestagswahl erhielt und nur dank zweier Direktmandate überhaupt im Reichstag vertreten war, nämlich als Duo.

Daß die Wähler sehr wohl zwischen Landtags- und Bundestagswahl unterscheiden, zeigt sich vor allem im Osten der Republik. Während nämlich Thüringen von einem linken Ministerpräsidenten regiert wird, störte es dessen Bürger nicht, diesmal die AfD mit 24 % zur stärksten Kraft zu machen. Außerdem erzielte die Höcke-Partei erstmals (zwei) Direktmandate, die sie im Osten des Bundeslandes den CDU-Platzhirschen wegnahm. Im einst schwarzen Thüringen verblieb nur noch eines von acht Direktmandaten. Das bekam auch Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen in Südthüringen zu spüren, der dem prominenten SPD-Konkurrenten, Frank Ullrich, einem früheren Biathlon-Olympiasieger, mit 33,6 % den Vortritt lassen mußte. Und hätten nicht einige AfD-Wähler für Maaßen (22,3 %) gestimmt – die Suhler AfD hatte zuvor dazu aufgerufen, Maaßen zu unterstützen –, dann hätte der AfD-Kandidat (21,2 %) den konservativen CDU-Mann wohl überholt.

Ein Blick auf das Abschneiden der Rechtsparteien zeigt, daß außer der AfD alle kleineren Gruppierungen katastrophale Ergebnisse hatten, vor allem die NPD. Sie erreichte bundesweit nur noch 0,1 %, das gleiche Resultat bei den Landtagswahlen in Berlin; lediglich bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern schaffte sie 0,8 %, verfehlte damit aber die Ein-Prozent-Hürde für das Erreichen der Wahlkampfkostenersatzung. Die vor Wochen vor der Wahl wegen ihrer Plakate »Hängt die Grünen« in die Schlagzeilen geratene Kleinstpartei »Der III. Weg« blieb noch hinter der NPD unter der Wahrnehmungsgrenze und erreichte nur in Sachsen (NPD: 0,3 %)

mit 0,2 % ein zählbares Ergebnis. Dies bedeutet, daß rechts der Mitte – von lokalen Hochburgen abgesehen – nur die AfD auf parlamentarischer Ebene derzeit Erfolgsaussichten hat.

Das Antreten des glücklosen Armin Laschet, der im Volksmund gerne ›Lusche‹ oder ›Flaschet‹ genannt wird und fast alles falschmachte, was man falschmachen konnte, beschleunigte den Niedergang der einstigen Volkspartei CDU. Es waren eine Mischung aus Frust und Wut auf die Politik Angela Merkels und den nominierten Unions-Kanzlerkandidaten bei der schwarzen Anhängerschaft sowie das besonnene, telegene Auftreten des roten Herausforderers Olaf Scholz, die nicht nur zu einer Wiedergeburt der schon totgesagten alten Tante SPD führten, sondern auch zu einem Flächenbrand bei CDU/CSU in Form von Wechselwählerverhalten und Stimmenthaltung im schwarzen Kernwählerbereich. Die Folge waren dramatische Einbrüche bei den Direktmandaten der Union, die nur noch in den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg ihre Vorherrschaft bei Erst- und Zweitstimmen verteidigen konnte.

Ergebnisse für CDU und CSU mit 40 % und mehr sind damit zur absoluten Ausnahme geworden, absolute Mehrheiten in Wahlkreisen gehören der Vergangenheit an. Die recht heterogene SPD mit ihren beiden stramm linken Vorsitzenden schaffte es nur dank ihres Spitzenkandidaten, als Partei für alle Bürger wahrgenommen zu werden, was die Wählerwanderungen von der Union zur SPD beweisen. Auf Grund des in den letzten Wochen vor dem Urnengang medial herbeigeführten Duells zwischen Laschet und Scholz kamen die Grünen unter die Räder, was durch die unglücklichen Auftritte ihrer Spitzenkandidatin noch begünstigt wurde. So mancher linke Wähler mit Affinität zu den Grünen oder der SED-Nachfolgepartei machte diesmal lieber sein Kreuz bei der SPD als kleinerem Übel, um eine erneute schwarze Kanzlerschaft zu verhindern. Dies ist ein Grund für das Erstarken der noch vor Monaten abgeschriebenen Genossenpartei.

Die FDP wiederum profitierte von der Enttäuschung zahlreicher bürgerlicher Wähler über die Politik Angela Merkels und deren blassen Nachfolger, wobei auch die restriktiven Corona-Maßnahmen eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben dürften. Im Wählerreservoir rechts der Mitte wilderten diesmal die ›Freien Wähler‹ (2,9 %) und ›dieBasis‹ (1,6 %), was vor allem die AfD zu spüren bekam. Trotz ihrer innerlichen Zerstrittenheit, die nicht zuletzt durch den Noch-Bundesvorsitzenden Jörg Meuthen befeuert wurde, blieb die bürgerliche Rechtspartei gerade noch zweistellig (10,3 %). Das Minus von 2,3 % kann daher als noch verkraftbar bezeichnet werden, zumal die großen Erfolge in den drei klassischen mitteldeutschen Ländern (16 Direktmandate!) den Aufwärtstrend der AfD östlich von Harz und Thüringer Wald zeigen. In Sachsen und Thüringen sind die Blauen schließlich die Nummer 1 geworden. Und Co-Parteichef Tino Chrupalla fuhr im niederschlesischen Wahlkreis Görlitz mit 35,8 % der Erststimmen das beste AfD-Ergebnis eines Wahlkreis-kandidaten ein.

Und was kommt auf die Deutschen jetzt zu? Eine Dreierkoalition unter Beteiligung von FDP und Grünen. Ob mit einem roten oder schwarzen Kanzler macht da kei-

Das Chaos in Berlin war offenbar dramatischer als bisher bekannt. In 99 Wahlbezirken gab es gehäuft ungültige Stimmen, in 22 Wahlbezirken wurde gar nur eine Schätzung statt des Wahlergebnisses veröf-



fentlicht. Im Stadtteil Rudow wurden Minderjährigen alle Stimmzettel ausgehändigt.

Ab 16 Jahren darf man nur an den Wahlen zur Bezirksverordneten-Versammlung (BVV) teilnehmen, nicht aber an denen zum Abgeordnetenhaus und Bundestag. In

Prenzlauer Berg gingen vor 18 Uhr die Stimmzettel aus, und die Wähler wurden nach Hause geschickt.»Der rot-rot-grüne Senat untergräbt damit sein eigenes Fundament – das Vertrauen in die Demokratie« (Cicero). Foto: dpa

nen großen Unterschied. Wahrscheinlicher ist eine Ampelkoalition, da die Union fürchten muß, als abermalige Kanzlerpartei ihr Profil völlig zu verlieren und damit letztlich auch weitere Wählerstimmen. Der erst kürzlich an die Spitze gewählte Laschet dürfte bald wieder entsorgt werden. Der sich als Politclown entpuppte Karnevalsjeck mag NRW führen können, für Deutschland sind ihm die Regierungsschuhe jedenfalls viel zu groß. Die Union steht daher vor einem Selbstfindungsprozeß, was noch einige Zeit dauern wird und vor allem der AfD (im Osten) zugutekommen dürfte. Diese wird ihre Selbstreinigung fortsetzen und liberale Störer, vor allem Altlasten aus der Ära Lucke, kaltstellen. Die stramm rechte und sehr erfolgreiche Linie im Osten der Republik wird dabei als probates Argument angeführt werden können.

Auf die BRD-Bürger werden weitere Belastungen und Einschränkungen der Freiheit zukommen. Das Gefasel vom (menschengemachten) Klimawandel führte zu einer Vernebelung der Sinne vieler Bundesbürger, indem sie diese Causa als »wichtigstes Problem« für die Zukunft bezeichneten. Auch die Impfpropaganda spielte bei der Wahl eine Rolle. Wenn nun bald die neue Dreierregierung die Daumenschrauben bei Nichtgeimpften anziehen und wegen der »Klimakrise« der Wirtschaft, vor allem der exportorientierten Autoindustrie, zusätzliche Belastungen aufbürden wird, dann wird sich zeigen, ob das Gros der Deutschen immer noch mitzieht oder dann auch bei Wahlen nach Alternativen zu den Altparteien sucht. Denn die Schmerzgrenze könnte erreicht sein, wenn es zur spürbaren Beschneidung von Freiheit und Lebensstandard kommt, wobei Corona zunehmend durch die Narrative »Klimawandel« bzw. »Klimaneutralität« abgelöst werden dürfte. ■

Sieg für Kommunisten & Impfskeptiker

Parallel zu den Wahlen in der BRD gab es auch in Österreich Urnengänge: Landtags- und Gemeinderatswahlen in Oberösterreich und Kommunalwahlen in Graz. Die steirische Murmetropole (fast 300.000 Einwohner) ist seit Jahrzehnten eine Hochburg der Kommunisten. Dort rangierte die KPÖ seit 2012 bei um die 20 % und damit auf Platz 2. Nun kam der Paukenschlag: Die Kommunisten legten abermals zu – um 8,5 % – und erreichten mit 28,8 % Platz 1. Die seit 2003 mit Bürgermeister Siegfried Nagl souverän regierende Volkspartei stürzte völlig überraschend um 11,9 % auf 25,9 % ab. Die mitregierende FPÖ verlor 5,2 % und landete mit 10,6 % auf Rang 4 – hinter den Grünen, die 6,8 % dazugewannen und 17,3 % schafften. Nun einstellig sind die Genossen der SPÖ, die leicht verloren und auf 9,5 % kamen. Die linksliberalen NEOS verbesserten sich von 3,9 % auf 5,4 %. Das ›Team HC Strache – Allianz für Graz‹ bekam nur 296 Stimmen und damit 0,2 %.

Im Grazer Gemeinderat verfügen Kommunisten und Grüne über 24 der 48 Sitze. Zusammen mit den vier Sitzen der SPÖ könnten sie nach Berliner Vorbild eine rot-grün-rote Koalition bilden. Im siebenköpfigen Stadtsenat haben KPÖ und Grüne mit vier Sitzen die Mehrheit. Damit wird in Graz die bekennende Kommunistin Elke Kahr Bürgermeisterin werden. Zum Ärger linker Politiker zieht auf Platz 5 der FPÖ-Liste der wegen Verhetzung verurteilte Jurist und Polizist Michael Winter in den Gemeinderat ein.

In Oberösterreich gab es kaum Verschiebungen bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen, die dort nur alle sechs Jahre stattfinden. Die schwarz-blaue Koalition könnte weiterarbeiten, wenn Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP) das will.

Seine Volkspartei legte um 1,2 % leicht zu und erreichte 37,6 %. Die FPÖ stürzte von 30,4 % auf 19,8 % ab und blieb knapp Zweite. Die SPÖ stagnierte bei gut 18 %. Die Grünen steigerten sich von 10,3 % auf 12,3 %. Den NEOS gelang erstmals knapp mit 4,2 % der Sprung ins Linzer Landesparlament. Die große Überraschung aber war der Parlamentseinzug der Impfskeptikerpartei MFG (Menschen – Freiheit – Grundrechte) mit 6,2 %. Der einzig blaue Triumph war die Wiederwahl des Welser FPÖ-Bürgermeisters Andreas Rabl mit 60,1 % bei der Direktwahl. Im Welser Gemeinderat legten die Freiheitlichen erneut zu, um knapp 3 % auf fast 46 %. ■



Am 26. September wählte Oberösterreich einen neuen Landtag (sowie Gemeinderäte und Bürgermeister in insgesamt 442 Gemeinden). Die Wahl war vor allem durch deutliche Verluste der FPÖ, die jedoch nach dem Hoch im Jahre 2015 erwartet wurden, und den Landtagseinzug der neuen Partei MFG, einer Partei der Corona-Impfgegner, geprägt. Foto: APA.

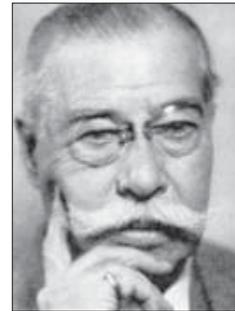
Wenn ich der Kanzler wär'

Daniel Frymann*

Als ich vor über hundert Jahren mein berühmtes Buch geschrieben hatte, habe ich dem Zeitgeist der besseren Kreise und der Mittelschichten Ausdruck verliehen. Manche Aussage zu dem, was in Deutschland zu tun war, würde ich auch heute als wichtig sehen, anderes hatte sich als schlimm erwiesen. Für meinen Gaststatus in der NSDAP-Fraktion im Reichstag von 1933 bis 1945 möge man mir mein kommerzielles Interesse verzeihen. Dass die Sowjets mich nach 1945 in Jena völlig in Ruhe gelassen haben, rechne ich deren Teilsympathie für meine Positionen zu. Stalin war ja nicht nur Kommunist und Nationalist, sondern auch Antisemit. Aber vieles von dem, was ich schrieb, war zeitgenössische Kapitalismuskritik, die auch heute noch aktuell ist. Ich war schon 1912 Kritiker des ökonomischen Imperialismus, weil er im Land generell destruktiv wirkt und die Volksbasis der Politik zerstört. Wir sind nun über 100 Jahre später, und die angelsächsisch-neoliberale Variante des Imperialismus hat weltweit und auch in Deutschland verheerend gewirkt. Ich schrieb 1912:

»Ganz anders, als mit den selbst Werte schaffenden Großbetrieben liegt die Sache mit den Großbanken; hier liegt kein öffentliches Interesse vor, um diese gewaltigen Kapitalmassen in einer Hand zu lassen, auch nicht das der Geldbeschaffung im Kriegsfall. Mir scheint es richtig, eine Begrenzung des Kapitals der großen Banken herbeizuführen und ein Verbot der Kapitalvergrößerung zu erlassen.«

Heute ist es so, daß die »Kapitalverkehrsfreiheit« die höchste Form der Freiheit in der westlichen Welt ist. Wenn die alte Erkenntnis von der gesetzmäßigen Konzentration und Zentralisation des Kapitals stimmt, so zentralisiert sich auch die Macht dieses Kapitals, und wir geraten politisch in eine Oligarchie oder gar Plutokratie. Eigentlich wird der ganze Westen aus den USA gesteuert. Elitäre Wirtschaftszirkel haben eine über allen demokratischen Spielen angesiedelte Macht. Auch die wesentlichen Eigentumsverhältnisse in Deutschland sind angelsächsisch bestimmt. Rund 80% der Aktien der Dax-Unternehmen befinden sich in ausländischem Besitz. Larry Fink, der Chef von Blackrock, schreibt jedes Jahr an die Chefs der Dax-Vorstände seine Wünsche zur profitablen Unternehmensführung. Auch die Entwicklung der EU ist von Anfang an auf die Herstellung einer spiegelbildlichen Welt zu den USA in Europa gerichtet: die »Vereinigten Staaten von Europa«. Selbst die US-amerikanische Völkermischung ist Deutschland von seinen Führungsfiguren verordnet worden. Man sieht es jetzt



* Daniel Frymann (Pseudonym von Heinrich Claß): *Wenn ich der Kaiser wär' – Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, Dietrich'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1912; *Viel Feind' – viel Ehr'*, Verlag von Theodor Weicher, Leipzig 1925.

Olaf Scholz' Umgang mit der Großfinanz – ob bezüglich der sogenannten Cum-ex-Geschäfte (Aktie Deals, bei denen Steuern erstattet wurden, die niemals gezahlt worden sind) mit der Hamburger Privatbank Warburg 2008 oder im ›Fall Wirecard‹ dokumentiert die generelle Abhängigkeit der Berufspolitik vom neoliberalen Finanzkapitalismus. Die in der Vergangenheit schon mehrmals erfolgreich angewandte Verteidigungstaktik des ›Mannes mit Erinnerungslücken‹: »Ich wußte von nichts.«



in jeder deutschen Stadt. Der Umgang von Kanzlerin Merkel mit der Finanzkrise 2008, in der das Finanzkapital und seine Akteure in ganz Europa unbeschadet davonkamen, zeigt das Ausmaß der Abhängigkeiten. Auch der Umgang von Olaf Scholz mit dem Fall Wirecard oder den Cum-Ex-Geschäften zeigt die Symbiose von Politik und Kapital in Deutschland. Je mehr sich der Neoliberalismus in Deutschland durchsetzte um so mehr wuchsen auch Lobbyismus und die große Korruption. Man wagt sich gar nicht, diese Situation in aller Deutlichkeit anzusprechen! Mit der Kapitalverkehrsfreiheit wird die Freiheit der einfachen Bürger und der traditionellen Mittelschichten immer mehr eingeschränkt und das, was wir einst »bürgerliche Gesellschaft« nannten, löst sich auf. 1912 schrieb ich:

»Großkapital, Großindustrie, Großhandel gefährden den Mittelstand aufs schwerste, und es ist begreiflich, daß Existenzen, die trotz allen Fleißes, aller Sparsamkeit in diesem Kampfe nicht voran kommen oder gar unterliegen, dem Staate gram werden, der zugesehen hat, wie die größere Kapitalmacht sie erwürgt. Das einst als Inbegriff volkswirtschaftlicher Weisheit verehrte ›freie Spiel der Kräfte‹ hat seine zwei Seiten, und die schlimme Seite trägt ihr Teil der Schuld daran, daß heute die ehemals treuesten und zuverlässigsten Schichten der Bevölkerung unzufrieden sind.«

Man schaue sich die Verödung der Innenstädte in Deutschland an und weiß dann, wo die traditionellen Mittelschichten verschwunden sind. Auch in den Hinterhöfen der Städte sind die kleinen Produzenten nicht mehr zu finden. Die sind jetzt in Bangladesh, Nordmazedonien, der Türkei und anderswo, wo im Elend für uns produziert werden muß. Die ›neuen Mittelschichten‹, die auch als postmodern bezeichnet werden, entstanden aus der immer stärkeren personellen Trennung von materieller Produktion und sogenannten Dienstleistungen. Als Dienstleistungen bezeichnet man alles, was nicht unmittelbar der Produktion materieller Güter dient. Digitalisierung aller Wirtschaftsbereiche, die um Geld und Ansehen ringenden Wissenschaften, das zerklüftete und deformierte Bildungswesen, die Aufblähung des Staatsapparates, das Berater- und Zertifizierungswesen, das Maklerunwesen, Werbung und PR, die Finanzdienstleistungen, das Wuchern der Nichtregierungsorganisationen, die eitle Eigenwelt der Kunst und des Kulturbetriebes haben Berufsgruppen geschaffen, die für spleenige Ideologien anfällig sind und zu unrealistischen Selbsteinschätzungen ihrer Bedeutung neigen können. Ist dies noch mit hohen Einkünften verbunden, kann schnell eine Selbstüberhebung passieren.

Rohkötler, Lebensreformer, FKKler, Frauenrechtlerinnen und Scharlatane aller Art gab es schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Es waren Exoten. Was einst Exoten waren, ist nun in die Mitte der Gesellschaft hineingetanz, genießt die Aufmerksamkeit der Medien und wurde zu politischen Strömungen aufgeblasen. Was wir heute in der kosmopolitisch-linksliberalen Szene, einschließlich der linksliberalen Parteien, wie besonders den Grünen oder der Linken beobachten können, sind wichtige Themen in exzessiver Aufmachung, und sie sind verbunden mit destruktiven Lösungsideen. Durch ihre Fremdheit gegenüber Handwerk, Industrie, Handel und Naturwissenschaften, ja auch dem Alltagsleben der Bürger, können entsprechende Politiker zu kulturellen und zivilisatorischen Fehleinschätzungen kommen. Diese Fehleinschätzungen können, wenn sie politisch virulent und Zeitgeist werden, wie eine Waffe im zerstörerischen Einsatz wirken. Diesen Zeitgeist kann man generalstabsmäßig produzieren und über Medien sowie politische Parteien in die Gesellschaft hineinpressen. Die Politik der Angela Merkel war immer Zeitgeistpolitik, niemals strategische Politik zur Stärkung Deutschlands und Europas. Im »Morning Briefing« des *Handelsblattes* vom 26.8.2021 wurde zu Merkels Politikverständnis ausgeführt:

»Sie geht davon aus, daß eine Politikerin nur erfolgreich bewegen kann, was die Gesellschaft auch bewegt haben will. In Merkels Welt kann man als Regierungschefin dem Zeitgeist knapp voraus sein oder ihm dicht auf den Fersen folgen. Wer versucht, ihn zu verändern, sich ihm gar entgegen zu stellen, ist zum Scheitern verurteilt.«

Die Kunst von Angela Merkel bestand darin, zwei in der Öffentlichkeit als alternativlos bezeichnete Zeitgeistreihen zu verbinden und so auch ihre Politik als »alternativlos« zu propagieren: den angelsächsischen Neoliberalismus und den kosmopolitischen Linksliberalismus. Dieser Zeitgeist ist auch nach den Bundestagswahlen 2021 weiter wirksam. Wie könnte man ihn denn brechen? Da gibt es eigentlich nur ein taugliches Mittel. Der Kanzler muß sich ans deutsche Volk wenden, schließlich ist das gegenwärtige Deutschland immer noch ein deutscher Nationalstaat. Die Deutschen haben immer noch keine in freier Selbstbestimmung erarbeitete und beschlossene Verfassung. Die alte Reichsverfassung von Weimar hatte Momente des damaligen demokratischen Zeitgeistes und die einzige demokratische sowie gesamtdeutsche Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg ist komischerweise die aus der Volkskongreßbewegung stammende gesamtdeutsche Verfassung der DDR von 1949. Wir brauchen eine neue Volkskongreßbewegung in der Bundesrepublik Deutschland, um eine wirkliche Diskussion zur Lage der Nation und zum wirklichen Volkswillen zu erreichen. Ich schrieb zum Ende meines damaligen Buches:

»Was wird aus der Welt, wenn die Deutschen verderben? Denkt diesen Gedanken durch, und ihr begreift, daß, wer sich jahrelang mit ihnen getragen hat, Genossen sucht, um der Einsamkeit zu entgehen. Genossen nicht der Verzweiflung, nicht des Entsagens – Genossen der Erkenntnis und der Arbeit.«

Das Motto meines Buches *Viel Feind' – viel Ehr'* wäre dem neuen Kanzler sicher.

Völkerrecht oder »regelbasierte Ordnung« Der ›Wilde Westen‹ in der Außenpolitik

Weltpolitik wird nicht von der EU gemacht und schon gar nicht von irgendeinem deutschen Bundeskanzler. Die machen nur noch mit. Deutschland ist 1945 aus der Weltpolitik als Macher ausgeschieden. Es sieht nicht so aus, als würden wir einen eigenen Gestaltungswillen in die Weltpolitik einbringen. Die USA und China machen die Sache unter sich aus, wir machen an der Seite der USA nur mit. Gabor Steingart schreibt im *Morning Briefing* vom 9.9.2021, »die amerikanische Angst und die chinesische Sehnsucht sind die zwei Seiten einer Medaille. Oder wie sich der frühere australische Premierminister Paul Keating kürzlich ausdrückte: ›Chinas Problem besteht darin, daß hier ein großer Staat das Potential besitzt, die USA ökonomisch zu überholen: Eine unverzeihliche Sünde in den Augen der amerikanischen Triumphalisten.« Und weiter: »Chinas Existenz in dieser Größenordnung ist ein Affront für das Selbstverständnis der amerikanischen Nation, die sich als ›exceptionalstate‹ wahrnimmt.«

Die Chinesen wissen, worauf sie sich einzustellen haben. Der Chefredakteur der Zeitung *Global Times*, Hu Xijin, sagt: »Die Ambition Amerikas, China zu zerdrücken, werde sich nicht erfüllen. Das liege nicht an der KP. Das liege am Willen des chinesischen Volkes: ›This is a people's war.« Ich glaube, der Westen hat noch nicht verstanden, welche Potentiale im chinesischen Volk vorhanden sind, wie die Lehren aus der Geschichte der letzten 100 Jahre gezogen wurden und welche Führungsstärke die dortigen nationalkommunistischen Partei hat. Erinnern wir uns an den Zweiten Weltkrieg. Stalin rief am 3. Juli 1941 den »Großen Vaterländischen Krieg« aus, nachdem die Wehrmacht am 22. Juni 1941 einmarschiert war. Eigentlich war das schon die Wende des Krieges, als sich kommunistische Ideologie und Patriotismus vereinigten.

Die Chinesen sind kein Volk von Kulis und Narkotisierten, in welchen Zustand sie einst die Engländer mit den Opiumkriegen zwangen. Sie haben den Willen zu Fortschritt und Sieg. Und sie sind fleißig, was man von den Leuten im Westen nicht mehr durchweg behaupten kann. Sie bringen auch den Uiguren das in China übliche Arbeiten bei. Wir dagegen lassen Millionen Einwanderer ohne Qualifikation und Arbeit. Bei uns spazieren viele Einwanderer so etwa ab 9 Uhr vormittags durch die Städte und freuen sich ob des bezahlten Urlaubs. Ohne Arbeit geht es ihnen gut. Ephraim Kishon lästerte: »Die Asiaten haben den Weltmarkt mit unlauteren Methoden erobert, sie arbeiten während der Arbeitszeit.« China weiß, was es will, und kann was es plant. Die USA und auch wir machen uns Sorgen, wie lange wir noch China mit unseren Produkten, unserer Wissenschaft, unserem Bildungssystem, unseren Zerstreungsmedien und unserer konsumorientierten hedonistischen Lebensweise standhalten können.

Der Westen hat keinen einheitlichen und mobilisierenden Willen mehr. Die Bevölkerungsteile, denen es mit Arbeit gut geht, schrumpfen. Damit schwindet die Basis für politische Zustimmung objektiv. Das Paradiesen mit Menschenrechten,

Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Toleranz ist verbraucht und hat sich in den Neuordnungskriegen der USA ab 2001 als verlogen erwiesen. Gabor Steingart schrieb am 16.8.2021 im *Morning Briefing*: »In Wahrheit werden unsere Werte schon dadurch verraten, daß man sie mit vorgehaltener Maschinenpistole durchzusetzen versucht.« Man könnte sich denken, daß der Westen nach dem Afghanistan-Debakel bescheidener würde und man vielleicht doch wieder auf die Positionen des Völkerrechts, wie sie die UN-Charta vertritt, zurückkehrt. Die USA und Großbritannien können das nicht mehr, da sie zu einem friedlichen Wettbewerb um technische Spitzenleistungen und einem offensichtlichen Wohl ihrer Völker nicht mehr in der Lage sind. Die Franzosen und die Deutschen könnten es noch, es würde aber dem neoliberalen Credo und dem prinzipiellen Antipatriotismus der EU widersprechen.

Weil man im Westen keine neuen Ideen hat, bekräftigen die Oberen aus USA, EU und NATO ihre alten Ideen. Sie geben diesen alten Ideen aber einen neuen aggressiven Impuls: Man will eine neue Einigkeit des Westens durch das Konzept einer »auf Regeln basierenden Weltordnung«. Beim Treffen zwischen Johnson und Biden wurde die Atlantik Charta von 1941 erneuert, und auf dem Treffen der G7 in Cornwall einigte man sich auf die Idee, eine westlich »regelbasierte Ordnung« weltweit durchzusetzen. Man sprach von einer »neuen Einigkeit des Westens«. Dabei wurde das Konzept der »auf Regeln basierenden Weltordnung« gegen die Völkerrechtsprinzipien gesetzt, wie sie in der UN-Charta festgeschrieben sind. Die USA, die EU und die NATO sehen sich selbst als Anker der Demokratie, des Friedens und der Stabilität. Dagegen stehen Staaten des »Autoritarismus in jeder seiner Formen«. Damit meint man vor allem China und Russland, aber auch jeden anderen Staat, der nicht nach den Regeln des Westens spielt oder nicht mehr spielen will. Deshalb soll die NATO das »einzig legitime Zentrum für das Treffen von Entscheidungen werden, betont der NATO-Generalsekretär Rasmussen. »Demokratische Bewegungen« in aller Welt sollen auch in Zukunft unterstützt werden. Das heißt, die ganze Welt soll nach den Spielregeln des Westens funktionieren. Man ist auch »bereit zur Normalisierung der Beziehungen zu Moskau, aber zunächst soll es sein Verhalten ändern«.

Das verbal neue Konzept der »regelbasierten Ordnung« ist nichts anderes als die Fortführung der bisherigen Politik der USA. Daß jetzt unter Biden eine neue atlantische Charta bejubelt und propagiert wird, ist nicht anderes als eine neue Vergatterung der Führungskräfte des Westens und ein Schmieden der Europäer an den politischen Willen der USA. Vielleicht erleben wir bald Handlungen gegen China durch die EU, die uns in Deutschland wirtschaftlich schwer schädigen. Dann würde sich der Sinn des neuen aggressiven Konzepts der »regelbasierten Ordnung« gegen »autoritäre Regime« entlarven. Die Transatlantiker scheinen in Deutschland dazu bereit. Das kann teuer werden.



Der Kampf für eine »regelbasierte Weltordnung« ist zum höchsten und letzten Zweck der deutschen Außenpolitik avanciert.

■ Frank Enberg

Teure Pandemie

Die Corona-Maßnahmen haben die Verschuldung des deutschen Staates im ersten Halbjahr auf Rekordhöhe getrieben. Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte standen Ende Juni zusammen mit 2.251,8 Milliarden Euro in der Kreide, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Das sind 78,9 Milliarden Euro oder 3,6 Prozent mehr als Ende 2020. »Insbesondere beim Bund sei dies weiterhin auf Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie zurückzuführen«, hieß es zur Begründung. Zum öffentlichen Gesamthaushalt gehören Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Sozialversicherung einschließlich aller Extrahaushalte. Mit Ausnahme der Sozialversicherung stiegen die Schulden demnach auf allen Ebenen an. Den größten Zuwachs verzeichneten die Schulden des Bundes, sie stiegen um 5,3 Prozent beziehungsweise 74 Milliarden Euro auf rund 1,48 Billionen Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt nunmehr bei 27.090 Euro. (Quelle: *Die Zeit*, 29.9.2021)

Streitschrift zum Corona-Irrsinn



Karl Horten:
Stoppt endlich den Corona-Irrsinn! Wie Politik und globale Eliten unsere Zukunft zerstören – und was wir dagegen tun können. 348 Seiten, € 22.-

Kürzlich erschien Karl Hortens brisante Streitschrift *Stoppt endlich den Corona-Irrsinn!*, die die Diskussion um die ›Pandemie‹-Lüge endlich auf die längst fällige politische Ebene überführt. Seine Anklage lautet: ›Corona‹ war nie eine Todesseuche und erst recht kein Grund für die De-facto-Außerkraftsetzung des Grundgesetzes. Um so dreister und unappetitlicher ist der Versuch des Regimes, seine Impf-Agenda mit kaum verhohlenem Druck umzusetzen und kritisch gebliebene Bürger zu Menschen zweiter Klasse zu stempeln. Die ins Stocken geratene Impfkampagne spricht dafür, daß das allmählich auch andere so sehen. Hier setzt Hortens Buch ein: Es ist höchste Zeit, das Regime zur Verantwortung zu ziehen – für eineinhalb Jahre Nötigung, Grundrechteentzug, Spaltung der Gesellschaft und ein verbrecherisches medizinisches Großexperiment, vor dem beizeiten gewarnt wurde. Söder, Spahn, Lauterbach & Co. müssen mit der glasklaren Perspektive konfrontiert werden, daß sie nicht davonkommen werden. Völlig richtig schreibt Horten schon im Vorwort: »Die Vorstellung, daß nach dem Ende der Corona-Zäsur jemand wie der bayerische CSU-Ministerpräsident Markus Söder, einer der maßgeblichsten, ja böswilligsten Scharfmacher (›Ohne Impfen keine Freiheit‹), sein Amt weiter ausübt, als wäre nichts gewesen, verursacht gelinde gesagt Übelkeit.« Es ist höchste Zeit für Konsequenzen. Die Prognose scheint nicht zu gewagt, daß sich in Hortens ebenso klar wie akribisch formuliertem Aufruf, das Corona-Regime endlich an sein Ende zu bringen, in den nächsten Wochen und Monaten eine wachsende Zahl getäuschter, zorniger und erwachender Bürger wiederfinden werden. Selten traf ein Buch mehr ins Schwarze.

Appell zur »Grundempathie«!

Bei einem Anschlag in Würzburg stach ein somalischer Mann am 25. Juni 2021 in der Würzburger Altstadt zuerst in einem Kaufhaus und danach auf der Straße mit einem Messer auf Menschen ein. Dabei tötete er drei Frauen und verletzte fünf weitere Personen schwer. Würzburgs OB, Christian Schuchardt (CSU), reagierte ausgleichend, fast verharnlosend und warnte vor einer Pauschalisierung. Harald Neubauer, ehemaliges Vorstandsmitglied der »Gesellschaft für freie Publizistik« (GfP), drückte in einem Email an den OB seine Empörung aus.

Harald Neubauer, MdEP a. D.

Coburg, 29.6.2021

Per Email

Herrn Oberbürgermeister Christian Schuchardt
Rückermainstraße 2
Rathaus
97070 Würzburg

Sehr geehrter Herr Schuchardt,

Ihr heute in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichtes Interview zeugt von einer politischen und menschlichen Kaltschnäuzigkeit, die alles in den Schatten stellt, was bislang in ähnlichen Zusammenhängen zu vernehmen war. Über die Würzburger Stadtgesellschaft sagen Sie allen Ernstes: „Sie muss lernen, damit umzugehen.“ Das „Damit“ bezieht sich, wie die Frage des Reporters zeigt, auf die beiden Attentate in Ihrer Stadt. Sie fordern gar eine „gewisse Grundempathie“ – mit der Begründung, wir seien „auf Zuwanderung angewiesen“.

Den Gipfel des Zynismus erklimmen Sie mit dem Hinweis, die örtliche Bevölkerung brauche halt noch Zeit, „um sich an eine buntere Gesellschaft zu gewöhnen“. Eine buntere Gesellschaft? Mit enthemmten Messerstechern aus Afrika und Asien? Mit islamistischen Terroristen? Gewöhnung an öffentliche Abschlachtung und Meuchelmord? Allein, dass Sie den positiv besetzten Begriff einer bunteren Gesellschaft im Zusammenhang mit einem grauenvollen Verbrechen erwähnen, lässt erkennen, wie weit Sie sich mittlerweile von nachvollziehbaren Denkmustern entfernt haben.

Sie sollten sich auf Youtube einmal anhören, wie jüngst der österreichische Bundeskanzler Kurz auf die Vergewaltigung und Ermordung eines 13jährigen Mädchens in Wien reagiert hat (als Tatverdächtige wurden afghanische Asylanten verhaftet). Kein pseudohumanitäres Geschwurbel, sondern glasklare Forderungen nach härtester Bestrafung und konsequenter Abschiebung. Und eine deutliche Absage an Relativierungsversuche nach dem Motto: Die Gesellschaft, also auch die Opfer tragen Mitschuld, weil die Täter nicht ausreichend „integriert“ worden seien.

Sie, Herr Oberbürgermeister, klagen über den Erhalt von „Hassmails“. Eine unschöne, aber im Vergleich zu Mordtaten doch relativ harmlose Erscheinung der bunten Gesellschaft. Mit einer „gewissen Grundempathie“ zugunsten der Absender kommt man darüber womöglich hinweg.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Neubauer

Neue ernüchternde Zahlen

2 Billionen! Ruinieren Beamten-Pensionen den Staat? Da immer mehr Beamte in den Ruhestand gehen, brauchen Bund und Bundesländer immer mehr Geld für deren Pension. Die Pensionszusagen belaufen sich mittlerweile auf astronomische 2 Billionen Euro! Die durchschnittliche Pension liegt bei 3.100 Euro, die durchschnittliche Rente hingegen bei nur 982 Euro. Unmittelbare Folge: Dem Staat fehlt zunehmend Geld für notwendige Investitionen (Quelle: *bild.de*, 17.5.21)

Punktesystem für Straftaten. Linksextreme Gruppen wetteifern um den sogenannten »Randale-Preis« als Anerkennung ihrer Straftaten. In einem ausgefeilten Punktesystem werden Angriffe auf Polizisten und politische Gegner benotet. Brandanschläge bringen 120 Punkte, Polizisten mit Fäkalien zu bewerfen, wird mit 170 Punkten gewertet. Eine Befreiung von Randalierern wird mit 200 Punkten belohnt. 2020 gewannen Autobahn-Blockierer auf der A49 den Preis. Über eine solche konspirative Aktion linksextremer Gruppen hat sich Bundespolizei-Präsident Dieter Romann empört geäußert. (Quelle: *focus.de*, 15.5.21)

Mehr als eine halbe Million Minderjährige haben Schulden beim Staat. Wie kann das sein? Weil ihre Erziehungsberechtigten mehr Sozialleistungen erhalten haben, als gesetzlich vorgesehen. Auf den rund 570.000 betroffenen Kindern lastet eine Schuldenlast von derzeit 192 Millionen Euro. Bei Volljährigkeit werden Schulden geltend gemacht. (Quelle: u.a. *Spiegel*, 15.4.21)

Deutsche werden deutlich häufiger Opfer von Ausländern als umgekehrt – ergab eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Stephan Brandner an die Bundesregierung. 2019 klärte die Polizei rund 70.000 Fälle auf, bei denen mindestens ein deutscher Tatverdächtiger beteiligt und mindestens ein Ausländer Opfer war. Demgegenüber standen rund 130.000 Straftaten, bei denen mindestens ein Nicht-deutscher kriminell gegen einen Deutschen handelte. Allerdings: Der Ausländeranteil hatte 2019 etwa 12,5 Prozent betragen. Zahlen für 2020 liegen derzeit (Stand April 2021) noch nicht vor. (Quelle: *anonymousnews.ru*, 6.4.21)

Zahl der Muslime in Deutschland deutlich gestiegen. Laut einer neuen Bamf-Studie zum Islam leben in Deutschland mittlerweile zwischen 5,3 und 5,6 Millionen Menschen muslimischen Glaubens, Tendenz steigend. Das entspricht einem Anteil von 6,4 bis 6,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zur letzten Hochrechnung im Jahre 2015 ist die Zahl der muslimischen Religionsangehörigen um rund 900.000 Personen gestiegen. Untersucht wurde auch, welche Bedeutung Religion noch spielt. (Quelle: *welt.de*, 28.4.21)

Mehrheit sieht Gefahr aus den USA. Jeder zweite Deutsche bewertet den Einfluß der USA auf die globale Demokratie als negativ. Das zeigt der »Democracy Perception Index« (DPI) des Marktforschungsinstituts Latana (5.5.2021).

Kurzmeldungen

Neue Wohnungen für Fremde. Das rot-grün-rote Berlin stellte nun 41 sehr komfortable Wohnungen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf fertig. Die landeseigene Wohngesellschaft Gesobau verkündete auf dem Bauschild: »Wir bauen eine Unterkunft für geflüchtete Menschen.« Daneben müssen Einheimische in alten DDR-Plattenbauten hausen. Die neuen möblierten Unterkünfte verfügen alle »über einen Balkon oder eine Terrasse«, rühmt sich der Bauherr. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) mietete die Wohnungen bereits für fünf Jahre, mit Option auf Verlängerung. Die LAF-Sprecherin definierte auch die Zielgruppe: »Bei dem Gebäude handelt es sich um eine Unterkunft mit Apartmentstruktur. Sie bietet mehr Privatsphäre als ein klassisches Wohnheim mit Gemeinschaftsbädern und -küchen. Deshalb ziehen hier in der Regel Familien ein, die bereits längere Zeit in einem solchen Wohnheim gelebt haben und auf dem privaten Wohnungsmarkt keine Wohnung finden. Dies ist vor allem für Familien mit drei oder mehr Kindern schwierig.« (Quelle: *rbb*)

Immobilien-Irrsinn. Bis 2050 sollen bekanntlich alle Gebäude des Bundes klimaneutral sein. Hierbei will der Bund »hohe Standards« festlegen und zum Muster-schüler werden. Aber statt den Bestand energetisch zu sanieren, wolle die Bundesregierung, nach Recherchen des *Spiegels*, in vielen Fällen abreißen und neu errichten. Hunderte von Gebäuden sind betroffen. So verschwendet Deutschland seine Bau-Milliarden. Eine umweltpolitische Farce. (Quelle: *Spiegel*)

Umweltheuchler Kretschmann. Wie ernst das Umweltgeschwätz der Grünen zu nehmen ist, zeigte Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Der Grüne ließ sich zu einer Wanderung im Naturschutzgebiet Wurzacher Ried mit dem Hubschrauber einfliegen. Dabei wurden für eine Strecke von 167 Kilometern 260 Liter Kerosin verbraucht. Für die SPD ist Kretschmann ein

Kretschmann war im Juni vom Bad Wurzacher Bürgermeister, Roland Bürkle, eingeladen worden, die Pläne für einen Aussichtsturm im Wurzacher Ried anzuschauen. Dorthin flog er vom rund 170 Kilometer Luftlinie entfernten Rheinfelden mit dem Helikopter. Der 45-Minuten-Flug verbrauchte 260 Liter Kerosin und kostete etwa 4000 Euro.



Klimakiller, weil er durch seinen Flug fast eine Tonne CO₂ erzeugt habe. Die Landesregierung in Stuttgart verteidigte die Aktion: »Aufgrund des engen Terminkalenders des Ministerpräsidenten wäre der Termin in Bad Wurzach an diesem Tag bei Nutzung anderer Verkehrsmittel nicht möglich gewesen.« (Quelle: *Kronen Zeitung*)

Maffay lobt Merkel. In einem Interview erklärte der aus Siebenbürgen stammende Sänger Peter Maffay (72) in bezug auf die Merkel-Nachfolge: »Eine Bundeskanzlerin Angela Merkel wird nicht ohne weiteres ersetzbar sein. Sehr vieles, was sie gemacht und entschieden hat, war richtig und gut.« Sie sei eine »gute Bundeskanzlerin« gewesen. Mit NRW-Ministerpräsident und Möchtegern-Merkel-Nachfolger Armin Laschet ist Maffay freundschaftlich verbunden. Auch für den SPD-Kandidat Olaf Scholz findet er lobende Worte. Und selbst die Grünen sind für Maffay eine »denkbare Alternative«. Aber: »Markus Söder sehe ich überhaupt nicht als Alternative.« (Quelle: *Main-Post*)

Welt wird schwarz. Laut demographischen Berechnungen wird 2100 jeder dritte Bewohner der Erde aus Afrika südlich der Sahara stammen und damit dunkelhäutig sein. Dabei wird Nigeria China als bevölkerungszweitstärksten Staat ablösen und Spitzenreiter Indien auf den Fersen sein. Und schon 2050 wird der zentralafrikanische Staat Kongo nahezu 200 Millionen Einwohner haben, davon allein der Ballungsraum Kinshasa 30 Millionen. In den vier Ländern der Sahelzone wird sich die Bevölkerungszahl verdreifachen. Dies wird auch den Auswanderungsdruck nach Europa erhöhen. (Quelle: *Jeune Afrique*)

Kein Israel-Schwur. Trotz der Übernahme von *Politico*, einer 2007 in Washington gegründeten Nachrichtenseite, durch das Medienhaus Axel Springer verzichtet dieses, seinen neuen Arbeitnehmern den eigentlich obligatorischen transatlantischen und Israel-Schwur (sog. »Mission Statement«) abzunötigen. Diesen müssen nur die in der BRD tätigen Lohnschreiber leisten. Als Kaufpreis steht eine Summe von einer Milliarde (!) Dollar im Raum. Allerdings soll *Politico* 30 Prozent der Jahreseinnahmen in Höhe von 200 Millionen Dollar als Gewinn abwerfen. Das Medienhaus Axel Springer wurde bereits 2019 von KKR (vormals Kohlberg Kravits Roberts & Co.) übernommen. Der Finanzinvestor aus New York erwarb für etwa acht Milliarden Dollar eine Mehrheit am Konzern und sieht laut US-Medien das Unternehmen als Plattform zum Erwerb bzw. Aufbau weiterer Publikationsplattformen weltweit. (Quelle: *tachles*)

Haft für Mahler? Geht es nach dem Willen des Amtsgerichts Potsdam (Zwangsvollstreckungsabteilung), dann soll der 85jährige, beidseitig unterschenkelamputierte Ex-RAF-Gründer Horst Mahler wegen einer offenen Gerichtskostenforderung in Höhe von 24.159,72 Euro inhaftiert werden. Denn dieser lehnt die

Abgabe einer Eidesstattlichen Versicherung (früher Offenbarungseid) zur Ermittlung seiner Vermögensverhältnisse ab. Mit der beabsichtigten Inhaftierung soll Mahler zur Abgabe besagter Erklärung genötigt werden. Der Betroffene macht Haftunfähigkeit wegen seines schlechten Gesundheitszustands geltend und verweist dabei auf das medizinische Gutachten des Anstaltsfacharztes der JVA Brandenburg aus dem Jahre 2019, als der versehrte Mahler dort in Haft saß und der Arzt eine Haftunfähigkeit diagnostizierte. (Quelle: *Brandenburgischer Pressedienst*)

Prag entschädigt nicht. Das tschechische Verfassungsgericht in Brünn wies die Klage einer 85jährigen deutschstämmigen Staatsbürgerin auf Entschädigung ab, die von 1947 bis 1949 in einem Internierungslager für Deutsche im südmährischen Swatoborschtz festgehalten worden war. Danach war sie mit ihrer Familie in ein anderes Lager mit besseren Lebensbedingungen gesteckt worden. Laut dem Gericht fehlt die Rechtsgrundlage für eine Rehabilitation oder Entschädigung. Immerhin wurde festgestellt, daß die Internierung von Deutschen im Machtbereich der damaligen Tschechoslowakei »deutliche Züge des Freiheitsentzugs« getragen habe. Damit widersprach das Verfassungsgericht der Vorinstanz, die die Unterbringung der Vertreter der deutschen Volksgruppe als einen »Akt der Barmherzigkeit« bezeichnet hatte. Laut Volkszählung von 2011 bekannten sich gerade einmal 19.000 tschechische Staatsbürger zur deutschen Minderheit in Böhmen und Mähren. (Quelle: *APA*)

Linke Randale in Leipzig. Mitte September demonstrierten Tausende Linksextremisten in der Antifa-Hochburg Leipzig. Auf Plakaten zeigten sie ganz offen ihre kriminelle Gesinnung, wobei sie dem Chef des Polizeilichen Terrorismus- und Extremismus-Abwehrzentrums in Sachsen, Dirk Münster, gedroht hatten, indem sie auf die RAF-Entführung von Hanns-Martin Schleyer und dessen spätere Ermordung 1977 anspielten: »Bald ist er aus Dein Traum, dann liegst Du im Kofferraum.« Aus Angst vor einer Eskalation der Lage verzichtete die Polizei, das Transparent zu entfernen. Das Antifa-Gesindel zog randalierend durch die Stadt, zündete Böller und Bengalos, warf Fensterscheiben ein, u. a. bei Bankfilialen, und schleuderte Farbbeutel gegen Häuser, auch gegen die Polizeidirektion. Die Hilflosigkeit der Polizei, deren Einsatzkräfte auch angegriffen wurden, zeigte sich darin, daß man auf einen friedlichen Verlauf hoffte und »kommunikativ und deeskalativ« handeln wollte. Leipzigs OB Burkhard Jung (SPD) zeigte sich empört ob der Ausschreitungen, obwohl seit Monaten nichts gegen die kriminellen Antifa-Umtriebe in seiner Stadt unternimmt. (Quelle: *mdr*)

Panzer gegen Demonstranten? Das rot-grün-rote Thüringen läßt seine Polizei auf Truppenübungsplätzen der Bundeswehr für den »Ernstfall« üben. Dabei kommen auch Panzer und Maschinenpistolen zum Einsatz. Als Gegner werden nicht etwa Antifa-Kriminelle angesehen, sondern friedliche Anti-Corona-Marschierer, wie eine Zeitung vermeldete (»in Bezug auf die andauernde Corona-Pandemie«).

Auf dem Übungsplatz Ohrdruf wurde etwa die »sachverhaltsbezogene Bearbeitung von gewaltbereiten Gruppierungen (z. B. bei Identitätsfeststellungen und Gewahrsamnahmen) sowie die zielgerichtete Identifizierung und Festnahme von erkannten Straftätern aus dem Versammlungsgeschehen heraus« trainiert. Es sollen auch ein »taktischer Lautsprechertrupp zur kommunikativen Beeinflussung gewaltbereiter Versammlungsteilnehmer«, ein Räumpanzer gegen brennende Blockaden und eine Polizeidrohne zur Dokumentation und Beweissicherung von Straftaten eingesetzt worden sein. (Quelle: *thib.24*)



Pater Michael Ramm. Wegen Corona-Kritik wurde er in die Wüste geschickt.

Pfarrer strafversetzt. Die Abhängigkeit der konservativen katholischen Petrusbruderschaft – im Gegensatz zur unabhängigen Piusbruderschaft – von der Amtskirche zeigt sich am Beispiel des Priesters Michael Ramm. Dieser hatte sich in der Diözese Münster via Rundbrief politisch unkorrekt zu Corona, Homokult und Gender-Ideologie geäußert. Daran stießen sich einige Herz-Jesu-Marxisten und beschwerten sich beim Bischof. Pfarrgemeinderatsvertreter faselten von »bewußten Falschaussagen und Verschwörungsmythen« und jammerten, daß »Gruppen von Menschen diskriminiert werden, denen wir als Gemeinde gerne offen begegnen würden«. Daraufhin knickte die Diözese ein. Deren Generalvikar Klaus Winterkamp schrieb dem Distriktoberen der Petrusbruderschaft, daß er und Bischof Felix Genn den Ärger verstehen könnten. Die Messe dürfe nicht zur Verbreitung privater Meinungen zu gesellschaftspolitischen oder medizinischen Themen genutzt werden. Die Priesterbruderschaft St. Petrus versetzte sodann Pfarrer Ramm in die Tschechei, obwohl er der dortigen Sprache gar nicht mächtig ist. (Quelle: *LifeSiteNews*)

»Hängt die Grünen!« strafbar? Breite Aufmerksamkeit im Bundestagswahlkampf erhielt die rechte Splitterpartei »III. Weg« durch eines ihrer Plakate. Darauf ist nämlich »Hängt die Grünen« zu lesen. Die Stadt Zwickau hält den Text für straf-

Für das OVG Bautzen erfüllt das Motiv »den objektiven Tatbestand der Volksverhetzung«. Der Slogan beziehe sich auf die Partei »Die Grünen«. Daran ändere auch ein zweiter Satz auf den Plakaten nichts: »Macht unsere nationalrevolutionäre Bewegung durch Plakatwerbung in unseren Parteifarben in Stadt und Land bekannt.« Das Plakat sei geeignet, den öffentlichen Frieden durch Aufstacheln zum Haß sowie durch einen Angriff auf die Menschenwürde der Mitglieder der Grünen zu stören, so das Gericht.



bar und erließ die Verfügung, die Plakate binnen drei Tagen abzuhängen. Ansonsten drohe Ersatzvornahme. Dagegen zog der ›III. Weg‹ vor Gericht und siegte. Das Verwaltungsgericht Chemnitz gab dem Eilantrag statt und verordnete lediglich, daß die Plakate nur im Abstand von mindestens 100 Metern zur Wahlwerbung der Grünen aufgehängt werden dürften. Hierdurch werde dem hohen Gut und Grundrecht der Meinungsfreiheit Rechnung getragen. Daraufhin legte die Stadt Zwickau Beschwerde beim sächsischen Oberverwaltungsgericht in Bautzen ein. Indes wurde die Generalstaatsanwaltschaft Dresden tätig und wies die Staatsanwaltschaft (StA) Zwickau an, Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten und der Volksverhetzung aufzunehmen, nachdem die örtliche StA zunächst Ermittlungen abgelehnt hatte. In München hingegen hing die Polizei die besagten Plakate ab. Doch störte es bislang niemanden, daß die linke Kleinstpartei ›Die Partei‹ bundesweit Aufkleber mit »Nazis töten« verteilt. (Quelle: *Main-Post*)

Politische Gewalt gegen Parteien in Deutschland erreicht Höchststand und richtet sich zumeist gegen Mandatsträger und Einrichtungen der AfD. Für das Jahr 2020 wurden bundesweit 1534 Straftaten gemeldet, die sich gegen Parteivertreter richteten. Das waren rund neun Prozent mehr als im Jahr zuvor (1405 Straftaten). Laut Polizeistatistik wurde die AfD in 694 Fällen Ziel von Angriffen. 53 namentlich genannte Politiker der AfD haben nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins *FOCUS* im Internet Todesdrohungen bekommen. »Töten wir die Schweine der AfD mittels Sprengstoff«, hieß es in einem Hetzauf-ruf, der am 13. September 2021 auf einer vom Verfassungsschutz beobachteten linksextremen Webseite veröffentlicht wurde. In einem Anhang des Pamphlets standen alle Wohnadressen der Politiker sowie eine präzise mehrseitige Anleitung zur Herstellung von gefährlichen Sprengsätzen! (Quellen: u.a. *FOCUS* u. *Spiegel*)



Im August 2020 wurde der Wagen des stellvertretenden AfD-Vorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Ronald Gläser, abgefackelt und brannte aus.

AfD im Wahlkampf hinters Licht geführt. Der ›Flyerservice Hahn‹ hatte der AfD im Wahlkampf angeboten, zu hünstigen Konditionen Werbematerial an Haushalte zu verteilen – doch die Flyer kamen nie unters Volk. Jetzt wurde bekannt: Hinter dem vermeintlichen Dienstleister steckte das Künstlerkollektiv ›Zentrum für politische Schönheit‹ (ZPS), das die Firma fingierte und 5 Millionen AfD-Flyer vernichtete, anstatt sie zu verteilen. AfD-Spitzenkandidat Tino Chrupalla erklärte kurz vor der Wahl: »Diese beispiellose Aktion trifft nicht nur die AfD. Hier ist bereits jetzt ein erheblicher Schaden für die Demokratie eingetreten.« Die AfD kündigte an, zeitnah eine Strafanzeige stellen zu wollen. (Quellen: u.a. *welt.de* und *Süddeutsche Zeitung*)

Beschönigte Zahlen? Eine Anfang Mai in Berlin vorgestellte Studie »LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität« der Uni Hamburg im Auftrag des Bundesbildungsministeriums zeigt, daß Deutschland »6,2 Millionen De-Facto-Analphabeten« zählt. Die Zahlen seien rückläufig, aber immer noch gewaltig: In Deutschland können 6,2 Millionen Erwachsene nicht richtig lesen und schreiben. Gegenüber dem Jahr 2011 ist die Zahl der De-Facto-Analphabeten damit um 1,3 Millionen gesunken. *Allerdings:* Berücksichtigt wurden lediglich Erwachsene zwischen 18 und 64 Jahren, die mündlich so gut deutsch können, dass sie eine Stunde lang Rede und Antwort stehen konnten. Hinzu kommen all jene, die zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben können, aber erhebliche Probleme haben, zusammenhängende kürzere Texte zu verstehen. (Quelle: *Handelsblatt*)

Erhebliche Lücken bei der wirtschaftlichen Bildung. Wenn es um wirtschaftliche Themen geht, haben Deutschlands Jugendliche offenbar beträchtliche Bildungslücken, wie eine Umfrage des Bankenverbandes zeigt, der eine Studie mit 700 Jugendlichen im Alter zwischen 14 und 24 Jahren durchgeführt hat. 44 Prozent der Jugendlichen wissen nicht, was »Inflationsrate« bedeutet. Gut zwei Drittel (68 Prozent) der Jugendlichen haben keine oder eine falsche Vorstellung davon, wofür die Europäische Zentralbank (EZB) zuständig ist. Immerhin knapp ein Drittel (31 Prozent) kann nicht erklären, was eine Aktie ist. Was ein Investmentfonds genau ist, glaubten 41 Prozent der Jugendlichen zu wissen. Tatsächlich korrekt erklären konnten es nur 28 Prozent, ergab die Umfrage. »Diese Bildungslücken sind alarmierend und zeigen deutlich, dass Wirtschafts- und Finanzthemen einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen erhalten müssen«, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bankenverbands, Andreas Krautscheid. (Quelle: *Der Spiegel*, 13.9.21)

Juristischer Fachverlag benennt juristische Standardwerke um. Der juristische Fachverlag C.H. Beck aus München wird mehrere Standardwerke aus seinem Verlagsprogramm umbenennen, die bislang noch die Namen von Juristen tragen, die während der NS-Zeit eine aktive Rolle eingenommen haben. Dazu gehört der Kurzkomentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch *Palandt* (soll nun *Grüneberg* heißen), die Gesetzessammlung *Schönfelder* und der mehrbändige Grundgesetzkommentar *Maunz/Dürig*. (Quelle: *Der Spiegel*, 27.7. 21)

Ist der Ortsname »Negernbötel« rassistisch? Die Grüne Jugend Schleswig-Holstein fordert die Umbenennung des zum Kreis Segeberg gehörenden Ortes Negernbötel, weil der Name, der auf das Jahr 1306 zurückgehen soll, rassistische Assoziationen hervorrufe. Von einer Umbenennung halten die meisten Einwohner des Ortes allerdings nicht viel, allen voran der Bürgermeister, der gegenüber den *Lübecker Nachrichten* klarstellte, daß der Name Negernbötel mit dem beleidigenden N-Wort nichts zu tun hat. Der Ursprung des Ortsnamens sei wohl im Niederdeutschen zu finden. »Neger« übersetzt das Plattdeutsch-Wörterbuch mit »näher«. »Als Botele (»Bötel«) bezeichnet man eine Siedlung. »Negern« ist die Bezeichnung für eine »nähere« Siedlung.

Würzburg verbannt das Donaulied aus Volksfestzelten. Die Kampagne gegen das Donaulied war 2020 in Passau initiiert worden. Die dortigen Aktivisten stört(e) an dem Lied die »verharmlosende Darstellung der Vergewaltigung eines Mädchens«. In einer Version des Liedes heißt es: »Ich machte mich über die Schlafende her, Ohohoholalala, sie hörte das Rauschen der Donau nicht mehr, Ohohoholalala«. In mehreren Vorgänger-Versionen wird aus der Perspektive des Mädchens erzählt, das ihren Geliebten sucht. Die beanstandete Fassung soll nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sein (siehe *Wikipedia*).

Wann ist Goethes Lied »Vom Heideröslein« dran, möchte man fragen. In ihrem Artikel »Volkslied mit Vergewaltigungs-Fantasien« vom 12.8.21 befindet die *Süddeutsche Zeitung*: »Nicht ganz so deutlich, aber eindeutig geht es im Lied vom Heideröslein zu. Der Knab' nähert sich in unlauterer Absicht.«



Unhaltbare Zustände!

Der frühere Journalist des *Deutschlandfunks (DLF)* und Burschenschaftler Bernd Kallina veröffentlichte im Sommer ein Buch, in dem er von ihm geführte Interviews und Beiträge Prominenter zusammenfaßte, die in ihren Ansichten zu wesentlichen Problemen unserer Zeit deutschfreundliche Positionen einnehmen. Der Erstabdruck dieser Beiträge erfolgte in heimatverbundenen Publikationen wie *Die Aula*, *Burschenschaftliche Blätter*, *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)* oder *Zur Zeit (ZZ)*. Das Vorwort zum Buch *Unhaltbare Zustände!* schrieb der emeritierte Universitätsprofessor Hans-Helmuth Knütter. Kallina führte mit Personen unterschiedlichster Couleur Gespräche, etwa mit US-Völkerrechtler Prof. Alfred de Zayas, Politikwissenschaftler Prof. Werner Patzelt, Ex-Bundesbildungsminister Prof. Rainer Ortleb, Historiker Prof. Michael Wolffsohn oder Grünen-Gründer Rolf Stolz. Diese nahmen dabei Stellung zu brisanten Themen wie deutsche Zeitgeschichte, Multikulti und Altpartien contra AfD sowie CSU-Ausgrenzung gegen »Rechts«. So finden sich in diesem Buch Haltungen Prominenter zu essentiellen Fragen unserer Zeit, die sich wohlthuend vom linken Mainstream abheben. Eine wahre Fundgrube für nonkonforme Zeitgenossen, die auf der Suche nach stichhaltigen Argumenten gegen zeitgeistige Positionen sind, die uns tagtäglich begegnen!



Bernd Kallina:
Unhaltbare Zustände!
Interviews & Beiträge im deutschen Interesse. 236 Seiten, € 16,99.

Freiheit ohne Wenn und Aber



Gerald Grosz:
Freiheit ohne Wenn und Aber.
186 Seiten, € 20,-,
ARES Verlag,
Graz 2021

Mittlerweile veröffentlichte der österreichische Publizist Gerald Grosz, der dank seiner flinken Zunge und pointierten Aussagen als politischer Kommentator auf *Youtube* eine große Anhängerschaft hat, sein drittes Buch im Grazer ARES Verlag. Mit dem Titel *Freiheit ohne Wenn und Aber* macht der einstige Weggefährte Jörg Haider und nachmalige BZÖ-Bundesobmann deutlich, was er als höchstes Gut ansieht. Anlaß für diese Veröffentlichung sind für Grosz die seit Frühjahr 2020 bestehenden Corona-Maßnahmen der Regierung. Der Autor beschreibt zuerst die Ausgangslage und stellt dieser die völlig unverhältnismäßigen Freiheitsbeschränkungen für die Bürger durch die Herrschenden gegenüber. Dabei geißelt er die servile Rolle der – mit Presseförderung in Millionenhöhe durch den Staat finanzierten – Medien, die sich willfährig auf die Seite der Mächtigen stellen, anstatt als quasi vierte Gewalt als kritische Kontrollinstanz zu fungieren. Hart ins Gericht geht Grosz auch mit der Politik Brüssels und der Ausrichtung der EU. Den »Corona-Sommer 2020 – und die Folgen« analysiert der Autor akribisch anhand einer tagebuchähnlichen Übersicht. Dabei bekommen die Mächtigen, aber auch HC Strache ihr Fett ab. Ein gefälliger, lockerer Schreibstil macht die Lektüre des Buches äußerst angenehm, die durch einen Bildteil in der Mitte des Werkes noch verstofft wird.

Görings Schwager vor dem Volksgericht



Heinz-Dietmar Schimanko: **Der Fall Franz Hueber** – Görings Schwager vor dem Volksgericht. 132 Seiten, € 19,90. ARES Verlag, Graz 2021

Heinz-Dietmar Schimanko publizierte jüngst ein wissenschaftliches Werk, das sich mit einer weitgehend tabuisierten Materie beschäftigt, den Volksgerichtshofprozessen in Österreich nach Ende des Zweiten Weltkriegs. So schuf man mit dem NS-Verbotsgesetz ein bedenkliches politisches Strafrecht mit horrend hoher Straferwartung. Dieses gilt noch heute, wobei der Strafrahmen bei einigen Delikten etwas reduziert wurde. Dennoch liegt er immer noch wesentlich höher als bei seinem BRD-Pendant, dem Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB. Schimankos Buch schildert mit dem »Fall Franz Hueber« das Gerichtsverfahren gegen »Görings Schwager vor dem Volksgericht«. Ende 1948 fand in Wien an nur drei Verhandlungstagen der Prozeß gegen den letzten Justizminister der Ersten Republik, Franz Hueber, statt. Ihm, der 1920 eine der Schwestern Hermann Görings geheiratet hatte, wurde u. a. Hochverrat zur Last gelegt, da er als Ressortchef im sog. Anschlußkabinett Seyß-Inquart 1938 an der Abschaffung des Staates Österreich mitgewirkt habe. Der Kurzzeit-Justizminister wurde damit zum politischen Sündenbock gemacht, obwohl er sich in der NS-Zeit nichts zuschulden hatte kommen lassen, ja sogar für politisch Verfolgte eingetreten war. Dieses Buch rollt den Fall Hueber umfassend auf. Dadurch wird zugleich der Anschluß 1938 – exemplarisch an diesem Volksgerichtsprozeß geschildert – gerichtlich aufgearbeitet.

Schwipper belegt eindeutig Präventivschlag 1941

Bereits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gab es Publikationen (etwa von Klüver oder Suworow), die in bezug auf den Rußlandfeldzug 1941 von einem deutschen Präventivschlag sprachen. 2015 präsentierte der frühere Generalmajor der Nationalen Volksarmee, Bernd Schwipper, sein erstes quellenbasiertes Werk *Deutschland im Visier Stalins – Der Wege der Roten Armee in den Europäischen Krieg und der Aufmarsch der Wehrmacht 1941*. Dazu hatte der Autor unzählige russische Dokumente und Militärakten in Moskauer Archiven gesichtet, was ihm auf Grund seiner russischen Sprachkenntnisse leichtfiel. Der renommierte Militärhistoriker Rolf-Dieter Müller besprach sogar Schwippers Buch in der *FAZ*, faselte aber von Verschwörungstheorien bezüglich der Präventivschlagthese und ignorierte neue Fakten.



Nun legte der einstige NVA-General nach, indem er diesmal deutsche Dokumente studierte. Sein Ziel war es, Unterlagen zu finden, die beweisen, daß die deutsche Seite von den sowjetischen Angriffsvorbereitungen wußte und so auch subjektiv einen Präventivkrieg führen konnte. Schwipper präsentiert in beiden Bänden – Band 1 (480 S., € 29,80) behandelt die Zeit 1939 bis Ende 1940, Band 2 (640 S., € 34,80) den Zeitraum bis zum 22. Juni 1941 – profunde Ergebnisse der deutschen Aufklärung in bezug auf Offensivvorbereitungen der Roten Armee. Aufzeigt werden dabei auch die systematische Eskalation der Bedrohung aus dem Osten, die provokativen Handlungen Stalins an der Nord-(Skandinavien) und Südflanke (Balkan) des Deutschen Reiches sowie Hinweise auf eine Einkreisung Deutschlands.

In sechs Kapiteln legt der Verfasser in den beiden Teilbänden mehrere hundert Dokumente (Auszüge) der Wehrmacht vor. Diese stammen aus den Beständen des Deutschen Historischen Instituts Moskau, einem privaten Archiv sowie dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) Freiburg. Der Verfasser versieht diese Dokumente mit Zitaten, analysiert diese sachkundig in Tabellen und Grafiken und beweist, daß Reichsregierung und Wehrmachtführung über die Versuche der Einkreisung Deutschlands und die Vorbereitung des Angriffes der Roten Armee vollständig und bis in Einzelheiten informiert waren.

Die Aufklärung dreier möglicher Zeitfenster für eine Offensive Stalins gegen Deutschland, die Bedeutung der Gefahr aus dem Osten für die Absetzung des Unternehmens Seelöwe, die Ergebnisse der strategischen Operation zur Desinformation für Stalins Entschluß zum Angriff sowie einzelne Episoden der Handlungen der Wehrmacht werden ebenso wie deren Bedeutung für die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen aus Petsamo und Ploesti untersucht. Beide Bände enthalten unzählige Dokumente, die gescannt als Bilder abgedruckt sind. Der Autor ging damit – so wie es ein guter Historiker tun sollte – »ad fontes« (zu den Quellen) und ließ allein diese sprechen.

Bernd Schwipper: **Die Aufklärung der Bedrohung aus dem Osten** – Die Prävention durch die Wehrmacht. Eine vergleichende Studie anhand deutscher Dokumente. 2 Bände, 1120 Seiten, € 59,80.

Huttenpreisträger Walter Marinovic 92jährig verstorben

Am 10. September 2021, dem 92. Geburtstag seiner Gattin Herlinde, mit der er 63 Jahre verheiratet war, verstarb im niederösterreichischen Zwettl der bei Patrioten im gesamten deutschen Sprachraum bekannte Kulturkritiker Walter Marinovic. Am 8. August 1929 in Wien geboren, trug er bereits mit 15 Jahren den Waffenrock der Deutschen Wehrmacht und erlebte Anfang Mai 1945 das Kriegsende in Prag. Dem tschechischen Aufstand nur knapp entkommen, schlug er sich zu den US-amerikanischen Linien durch. Mit gerade einmal 16 Jahren kehrte er nach Wien zurück, wo er erfuhr, daß sein Vater vermißt sei.



Als Pädagoge lehrte der promovierte Germanist bis zu seiner Pensionierung 1989 an einem Wiener Gymnasium, wobei der spätere Bundeskanzler Werner Faymann einer seiner Schüler war. Über viele Jahre als Obmann des Verbandes unabhängiger Professoren ein Vorkämpfer für den Erhalt des humanistischen Gymnasiums guter altösterreichischer Tradition hat der Deutschprofessor und Altphilologe vielen Schülern Begeisterung und Liebe für die Größe der klassischen und die Tiefe und Schönheit der deutschen Literatur fürs Leben mitgegeben. Seine Vortragskunst erreichte Burgtheaterqualität, und ebenso meisterlich vermochte er Nestoy wie Weinheber darzubieten.

Seinen »Un-Ruhestand« nutzte er verstärkt dazu, Artikel zu schreiben, etwa in der *Aula*, wo er drei Jahrzehnte lang verantwortlicher Gestalter der Kulturseiten war. So rückte er mit diesen und zahlreichen anderen streitbaren Beiträgen zu einem der bekanntesten Kulturkritiker im nationalen Lager auf. Er zählte zu jenen leider immer seltener werdenden Männern, bei denen man den Zeiger der Zeit gern angehalten hätte. Er war ein ebenso sachkundiger wie kämpferischer Verteidiger der heute als anachronistisch, ja obsolet gewordenen Werte deutscher und abendländischer Kultur. Seinen zahlreichen Lesern, Zuhörern seiner mit hinreißender Beredsamkeit gehaltenen Vorträge – ein Wanderprediger quer durch sein deutsches Vaterland –, seinen Mitarbeitern und Freunden bleibt der Trost, daß ihm der Zeitgeist nichts anhaben konnte, und sein Feuer, seine schöpferische Kraft und sein unerschrockener Einsatz im Kampf gegen die politisch korrekten Gutmenschen und alle linken Kulturverderber blieben ungebrochen.

Dem Kulturwerk Österreich diente er 30 Jahre, zuletzt als Vize-Obmann, und war dort ein unverzichtbarer Ideengeber. Aus dieser langjährigen Zusammenarbeit entwickelte sich eine unverbrüchliche Freundschaft mit *Aula*-Schriftleiter Primarius Otto Scrinzi und dessen Nachfolger Martin Pfeiffer. Für viele Besucher sind seine Referate zu einem beglückenden Erlebnis geworden. Walter Marinovic nahm als Pensionist das Band der Salzburger Burschenschaft Germania auf, bekundete damit seine Verbundenheit mit dem deutsch-freiheitlichen Gesinnungskreis. Für sein schriftstellerisches Wirken und seine über 500 gehaltenen Vorträge zu den Themen Kultur, Politik und Zeitgeschichte zeichnete die Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) 2016 den gesamtdeutsch denkenden Schöngest mit dem Huttenpreis aus.

Harald Neubauer 70

Es waren die fünf Jahre von 1989 bis 1994, als Abgeordnete der Republikaner (REP) im Europaparlament saßen, angeführt vom REP-Chef Franz Schönhuber, die Harald Neubauer über die Grenzen der BRD bekanntmachten. Der brillante Redner glänzte bei seinen Auftritten in Straßburg dermaßen, daß sogar Otto von Habsburg ihm Respekt zollte und den von den Altparteien geschaffenen ›Cordon sanitaire‹ durchbrach.

Harald Neubauer ist am 3. Dezember 1951 in Hamburg geboren und machte nach der Schule eine Ausbildung zum ›Technischen Groß- und Handelskaufmann‹. Erste politische Aktivitäten setzte er bei den ›Jungen Nationaldemokraten‹ (JN). Nach seinem Wehrdienst bei der Bundesluftwaffe begann er 1974 im Münchner Verlagshaus des Publizisten und Politiker Dr. Gerhard Frey zu arbeiten. Er stieg dort, beim DSZ-Verlag, zum Verantwortlichen Redakteur auf, verließ aber – nach Gründung der Republikaner – im Jahre 1984 die Paosostraße, um fortan verschiedene Führungspositionen bei den Republikanern zu übernehmen. So wurde er etwa Chefredakteur der Parteizeitung, Generalsekretär der REP auf Bundesebene und schließlich Vorsitzender des bayerischen Landesverbandes.

Sein rednerisches Talent zeigte sich sehr schnell, so daß ihn die Medien zum ›Kronprinzen‹ des Parteimitbegründers Franz Schönhuber machten. Bei Hunderten von Auftritten eroberte er mit geschliffenen Worten und einprägsamer Gestik die Herzen der Zuschauer. Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie nannte ihn deshalb auch in einer Studie über die REP das »zweitbeste Zugpferd bei Veranstaltungen«. Als Geschäftsführer parteinaher Verlage in Rosenheim und Landshut sammelte er in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre weitere publizistische Erfahrung.

Seine parlamentarische Arbeit begann 1989, als seine Partei mit 7,1 Prozent ins Europaparlament einzog, wobei der Stimmenanteil in Bayern 14,6 Prozent betrug. In Straßburg und Brüssel war er Teil der zu Beginn 17köpfigen Technischen Fraktion der Europäischen Rechten, die Jean-Marie Le Pen anführte und aus Politikern des Front National, des Vlaams Belang und der Republikaner bestand.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Parlament war der nunmehr parteilose Publizist um die Einheit der bundesdeutschen demokratischen Rechten bemüht und wurde zum Mitherausgeber der Coburger Monatsschrift *Nation & Europa*. Gleichzeitig war er Inhaber des gleichnamigen Verlages wie auch des ›K. W. Schütz-Verlages‹. Nachdem er seinen Verlag 2009 an den Kieler Großverleger Dietmar Munier verkauft hatte, nahm dies Neubauer zum Anlaß, sich mehr seinem Privatleben zu widmen, nämlich seiner Frau und seinen Hobbys, vor allem der klassischen Musik. Dennoch war Neubauer einige Jahre weiterhin publizistisch tätig, nämlich als Kolumnist der Monatszeitung *ZUERST!* und als Vorstandsmitglied der ›Gesellschaft für freie Publizistik‹ (GfP). Aber auch als Redner bei verschiedenen Gruppierungen und Parteien war der eloquente Hamburger ein gerngesehener Gast. GfP und *Freies Forum* wünschen ihm alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen! ■



Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310
e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de
www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Der alltägliche Wahn geht weiter

Die Stadt Hanau ist erneut in die Schlagzeilen geraten und hat dabei für manche Irritationen gesorgt. Unter dem Motto »hanau – erleben Für Toleranz, Weltoffenheit, gegen Ausgrenzung und wunderschön bunt!« wurden neuerdings drei neue öffentliche ›Vielfalt-Parkplätze‹ mit regenbogenfarbener Kennzeichnung gegründet. Sie sollen ausschließlich für LSBT (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) reserviert sein – auch eine Form der Ausgrenzung.

Die Spitze des deutschen Wahnsinns hat jedoch die Stadt Neuenrade erklimmen. Als erste Stadt gendert Neuenrade bei der Hundesteuer. Wau! Hier kann man tatsächlich Hunde anmelden, deren Geschlecht mit ›divers‹ angegeben werden kann. Wie Vera Lengsfeld in einer ihrer Glossen humorvoll bemerkt: »Wie der Hund kommuniziert, daß er zwar wie ein Dobermann aussieht, aber das sanfte Seelchen eines Schoßhündchens hat, bleibt das Geheimnis des Hundehalters und der Behörden.« Auf die mögliche Homosexualität bei Tieren angesprochen (*Bild-Zeitung*) antwortete die Tierärztin Gabriele Marquardt mit allem Ernst: »Ja! Homosexualität ist völlig normal in der Tierwelt.« Homosexuelle Regungen seien bei jeder Art vorhanden, das gehöre zum »natürlichen sexuellen Repertoire«.

Unterstützen Sie die GfP durch den Kauf von Kongreßbroschüren! Mit jeder Buchbestellung fördern Sie die Arbeit der GfP!

Deutsche Identität. 500 Jahre nach Luther.

Die neue Völkerwanderung. Westliche Kriegspolitik und ihre Folgen

Europas Reconquista. Von der Überfremdung zur Selbstbehauptung

Jeder Band ca. 192 S., zahlr. Abb. statt 12.80 nur € 5.-

Wir brauchen neue Leser und Mitglieder! Zu diesem Zweck kann jeder Leser zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in ›gute Hände‹ geben.

**Konto für Beiträge
und Spenden:**

Beilagenhinweis:

**DAS
FREIE
FORUM**

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal